

Nie wieder!

Oder: Wir müssen zur Musterung

Gestern saßen wir zu dritt auf dem Balkon, meine beiden Kinder und ich. Es war spät. Mit Tee und Kuschedecken, die Ruhe und die Atmosphäre der Nacht machte es besonders. Eine dieser seltenen Gemütlichkeiten, die sich nicht ankündigen.

Dann war das Thema im Raum. Nicht durch mich. Es lebte in den Kindern — mitgebracht aus der Schule, belastend für beide, ohne dass ich es angestoßen hätte:

Wir müssen zur Musterung.

Ich war kurz überfordert. Was bedeutet das? Wie geht's euch damit?

Ich hab hingehört. Was beschäftigt euch? Was habt ihr im Kopf? Was macht das mit euch? Und fast von selbst kamen wir in die Analyse — nicht weil ich sie hingeführt hätte, sondern weil die Fragen dahin drängten. Analyse statt Ablenkung — das ist bei uns so.

Was folgte, war unmittelbar: Kriegsszenarien, Panzer, Granaten, Schwerter, Kämpfe, töten, getötet werden. Wer wie was bedienen kann. Warum Frauen nicht zur Musterung müssen. Ob man körperliche Kraft nicht braucht, zum Beispiel wenn die Pistole klemmt. Das körperliche Überlegenheit ja nur ein Durchschnitt ist, nicht der Einzelfall. Das man viel weniger davon braucht in aktuellen, hoch technisierten Kriegen. Also warum nur Männer. Plötzlich war Krieg auf dem Balkon. Meine Jungs, neun und sieben, konfrontiert mit ihrer eigenen Zukunft in einer Sprache, die ich ihnen nicht beigebracht hatte.

Knöpfchen, der Ältere, zog die Linie selbst. Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg — und dann, mit einer Selbstverständlichkeit die mich traf: Und jetzt ein Dritter oder was? Er benannte auch die Asymmetrie der Geschlechter und die Unlogik dahinter. Nicht als Erleichterung, sondern als weiteren Fehler in einem Konstrukt das schon im Grundsatz nicht stimmt. Zwei Fehler, nicht einer. Er hat recht.

Bärchen, der Jüngere, reagierte hochemotional und mit dem ganzen Körper. Ich will doch keinen erschießen! Sind die denn alle dumm?! Keine rhetorische Frage, kein Trotz. Ein Machtreflex — präzise, prä-reflexiv, funktional. Er hat auch recht.

Ich hab ihnen erzählt wie es früher war, bevor die Wehrpflicht ausgesetzt wurde. Das war am 01.07.2011. Dass es damals die Wahl gab — Bundeswehr oder Zivildienst. Dass ich in meiner Bubble zu der Zeit nicht ein Mann erinnere, der zur Bundeswehr ging. Nur Zivis. Und dass der Zivildienst nicht einfach da war, sondern erstritten — von Menschen, die eine Totalverweigerung des Dienstes an der Waffe vor Gericht durchgehalten haben. Gegen Prüfungsfragen die so klangen: Was tun Sie, wenn Sie eine Pistole haben und Ihre Freundin

wird nachts im Wald von einem Bären angegriffen? Aus dieser Konfrontation entstand die Option. Nicht aus Großzügigkeit des Staates.

Beide waren sofort klar. Wenn es diese Option noch gäbe — immer Zivildienst. Immer was Gutes. Ökologisch, sozial, sinnvoll. Dienst an der Waffe verweigern. Ohne Zögern, ohne Abwägen. Das fand ich bemerkenswert und zutiefst rührend. Nicht weil ich es ihnen gesagt hatte — sondern weil sie es wussten. Da leben zwei tolle Menschen mit mir.

Wir alle drei passen da nicht rein, in militärische Strukturen. Nicht als Handlungsfrage, nicht als politische Entscheidung, sondern strukturell als möglicherweise neurodivergente Innenarchitektur. Befehlsunterwerfung, im Gleichtakt marschieren, das Ausschalten des eigenen Urteils zugunsten einer Anweisung: das ist uns nicht zugänglich. Ob das für eine Ausmusterung reicht, weiß ich nicht. Ich bin skeptisch.

Was ich weiß: sie haben Angst. Berechtigte. Ich auch, auf mehreren Ebenen. Ich bin in einer anderen Welt aufgewachsen — einer, in der dieser Satz, wenn ich achtzehn bin, muss ich zur Musterung, nicht diese Dimension hatte.

In der die Auseinandersetzung mit möglicher eigener Kriegsbeteiligung keinen Raum brauchte, auf einem Balkon im späten Abendlicht. Nicht in dieser Selbstverständlichkeit. Das ist kein gradueller Unterschied. Das ist ein Bruch.

Das Gesetz ist seit dem 01. Januar 2026 in Kraft. Ich hab es erst Monate später mitbekommen — nicht weil ich nicht hinschaue, sondern weil das politische Klima Daueraufmerksamkeit erzwingt und gleichzeitig zermürbt. Weil genau die Menschen, die analytisch einordnen könnten, sich zeitweise raushalten müssen, so geht es zumindest mir. Das ist Selbstschutz. Und weil ich, als die Diskussion um den Vorschlag im Gang war tatsächlich dachte, das ist so absurd, das kriegen die doch nie durch. Wie naiv. Es ist kein Zufall, dass dieser Bruch genau dort passiert. Denn es war kein lauter Bruch. Kein medialer Aufruhr, keine gesellschaftliche Erschütterung, kein symbolischer Einschnitt. Ein fundamentaler Kurswechsel nach über siebzig Jahren — und er ist schlicht passiert. Das ist eine eigene Form von Bedrohung.

Was die Musterungspflicht jetzt bedeutet, ist zunächst dies: Infrastrukturaufbau. Schrittweise, bürokratisch sauber, Verwaltung, irgendwie typisch deutsch. Noch keine Einberufung, noch kein Marschbefehl. Aber der Schalter ist vorhanden. Die Musterungsakte existiert, der Staat sammelt Daten, damit er im Fall der Fälle bereits weiß was er hat. Im Spannungs- oder Verteidigungsfall ist die Wehrpflicht sofort rechtswirksam, das geben unsere Gesetze her wenn der Notstand ausgerufen wird — ohne weiteren Parlamentsbeschluss, ohne neue Abstimmung. Es braucht nur einen Trigger.

Ich kenne diese Logik aus einem anderen Zusammenhang. In den 90ern gab es bei Freunden eine Wohnungsdurchsuchung ohne Durchsuchungsbeschluss — Punks in einer

Studentenbude, ohne konkreten Anlass. „Gefahr in Verzug“, angeblich. Eine Gruppe Polizisten stürmen in das einzige Zimmer. Gesicht auf den Boden gedrückt, mitten in den Aschenbecher, Knie auf dem Kopf. Zwei Schüsse in die Wand.

Gewaltsam und völlig überzogen. Klar waren die bunthaarigen Revoluzzer auffällig, laut und bestimmt auch staatskritisch. Aber was haben sie dort konkret erwartet zu finden, das dort Bomben gebaut würden oder was?

Warum erzähle ich das hier. Weil irgendjemand an dem Morgen „Gefahr in Verzug“ eingetragen hat. Nicht: heute terrorisieren wir die Punks, die nerven. Nur: Zuständigkeit, Verfahren, Einschätzung vor Ort und eine entsprechende gesetzliche Grundlage — und dann lief es. Nur eine rechtliche Einflugschneise die einen Trigger hatte. Das ist die Parallele.

Das ist Schreibtischtäter-Logik, als Strukturbeschreibung. Sie braucht keine große politische Absicht. Sie braucht Infrastruktur, Zuständigkeit, Verfahren. Und den richtigen Moment. Gefahr im Verzug und Notstand sind am Ende das Gleiche. Es sind keine objektiven Tatbestände, es sind Einschätzungen. Sie öffnen ein rechtliches Schlupfloch, eine Notfallöse. Wer diese Entscheidungen trifft, entscheidet wann es läuft. Es ist nicht zwingend ein böser Wille der mich beunruhigt. Es ist die Infrastruktur.

Verfassungsrechtlich ist das alles sauber. Art. 12a GG — Wehrpflicht für Männer — steht seit 1956 im Grundgesetz. Er wurde nie entfernt — nur ausgesetzt, seit 2011. Fünfzehn Jahre lang fühlte sich das angesichts der deutschen Geschichte folgerichtig an. Und nicht umkehrbar. Die nötige Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung war offensichtlich politisch nie gewollt.

Art. 26 GG verbietet Angriffskriege. Doch kollektive Verteidigung im Rahmen von NATO-Bündnispflichten, Artikel 5 des NATO-Vertrags, hat das Bundesverfassungsgericht als damit vereinbar eingestuft. Die Tür ist offen, rechtlich sauber, höchstrichterlich abgesichert.

Und die Spannung zwischen Art. 12a, der nur Männer zur Wehrpflicht verpflichtet und Art. 3 GG, dem Gleichheitsgrundsatz? Bisher galt hier das Prinzip *lex specialis*: die speziellere Norm bricht die allgemeinere, Art. 12a also Art. 3. Der Widerspruch ist bekannt, er wurde rechtlich eingehegt, nicht aufgelöst. Unter veränderten Bedingungen — Geschlechtsidentität, neue Gesetzgebung, Europäische Menschenrechtskonvention — wäre eine Klage denkbar. Aber das ist eine offene Frage, keine Lösung. Und die Antwort vielleicht nicht hilfreich.

Die Lücken waren immer da. Jetzt werden sie genutzt — nicht in einer Studentenbude. Im großen Stil.

Was nie Verfassung wurde

„Nie wieder“ war nie ein Rechtssatz. Es war ein kultureller Konsens — breit getragen, gesellschaftlich und politisch real, über Generationen weitergegeben. Aber eben das: Konsens. Keine Verfassungsnorm, kein einklagbares Recht, kein Schutz der eine Zweidrittelmehrheit gebraucht hätte um gebrochen zu werden. Er konnte enden ohne dass jemand explizit Nein sagen musste. Ohne Abstimmung, ohne symbolischen Einschnitt. Einfach so.

Es war ein strukturelles Versäumnis der Nachkriegszeit. Der Pazifismus war gesellschaftlich real — breit gelebt, ernsthaft verinnerlicht, in meiner Generation, oder zumindest in meiner Bubble, kaum hinterfragbar. Aber er wurde nie in hartes Verfassungsrecht übersetzt. Warum hat der Konsens so lange gehalten, wenn er so wenig strukturellen Schutz hatte? Nicht weil er freiwillig war.

Sondern weil er institutionell eingeschrieben war — durch Beschlüsse der Kultusministerkonferenz die auf innenpolitischen Druck reagierten, durch ein Schulcurriculum das diese Auseinandersetzung über Generationen verankerte. Es war innenpolitischer Prozess — ausgelöst durch Hakenkreuz-Schmierereien zu Weihnachten 1959, durch den Eichmann-Prozess, durch die Auschwitz-Prozesse. Durch Ereignisse die den Druck so erhöhten dass Institutionen reagieren mussten. Es war eine gesellschaftliche Rahmung die sich nicht aus eigenem Antrieb ergab, aber trotzdem real gelebt und verinnerlicht wurde.

Daraus entstand etwas Spezifisches. Eine nationale Identität die es so wohl kein zweites Mal gibt — Scham und Stolz gleichzeitig, das vielleicht einzige Land das seine dunkelste Geschichte so intensiv, so institutionell, über mehr als ein halbes Jahrhundert bearbeitet hat. Kein Nationalstolz, kein Flaggenschwenken — das war nicht nur Scham, das war Haltung. Mit einem konkreten politischen Inhalt.

Diese Identität ist jetzt obsolet. Sie wird zur Großmutter-Erzählung, wie die D-Mark. Etwas das es mal gab, das Ältere noch kennen — aber strukturell nicht mehr existiert. Für die nächste Generation nur noch Erzählung. So endet dieser Konsens — nicht durch einen Beschluss, sondern durch einen schleichenden kulturellen und politischen Prozess der diese Haltung still abgetragen hat.

Und hier liegt die eigentliche Frage, die mich nicht loslässt: Warum wurde diese Haltung nie in Denken übersetzt? Warum blieb sie Haltung — gefühlt, gelebt, weitergegeben — ohne je zum Inhalt von Bildung zu werden? Ohne je zu fragen: Was trägt das eigentlich? Worauf steht das? Was braucht es, damit das hält? Weil das Denken das es hätte tragen können nie gelernt wurde. Nicht in der Schule. Nicht in der Breite. Nirgends. Es wurde zur Nische.

Demokratiebildung- die verpasste Chance

Schule ist dank Schulpflicht die Institution, der man sich nicht entziehen kann. Und damit seit der Nachkriegszeit die einzige, die etwas strukturell verankern konnte, worum man nicht herumkam. Etwas das nationale Identität meiner Meinung nach braucht: die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte.

Das tat Schule auf eine ganz bestimmte Weise. Die Reduktion einer komplexen historischen Ära auf ihre dunkelste Dimension — mit KZ-Besuchen, Überlebendenbiografien, Wiederholungen über die gesamte Schullaufbahn. Das hat gewirkt. Ich will nicht sagen, dass es nichts Dämonisches hatte, vor dem man eindringlich warnen sollte, das sollte man. Ich will sagen: Realität ist komplexer, vielschichtiger. Es gibt nicht nur die Opfer, die subversiven Helden, die feigen Mitmacher und die bösen Macher — es gibt alle Facetten dazwischen. Diese Ambivalenzen wären realistischer gewesen. Wie Hitler in unseren Geschichtsbüchern stehen würde, hätte er nicht verloren — das bleibt spekulativ, zum Glück. Aber es zeigt was in fast sämtlichen Geschichtsschreibungen fehlt: das Aushalten der Ambivalenzen, die Realität nun mal mit sich bringt. Das wäre auch pädagogisch wertvoller, im Allgemeinen. Ambivalenz auszuhalten — das ist keine weiche Kompetenz, das ist die Voraussetzung für Reflexionsfähigkeit überhaupt. Wer gelernt hat dass Geschichte eindeutig ist, Täter hier, Opfer dort, das Böse klar benannt und besiegt, der hat nicht gelernt zu fragen: Wie entsteht das? Unter welchen Bedingungen wäre ich Teil davon gewesen? Was schützt mich davor — und schützt es wirklich? Genau diese Fragen wären der Boden gewesen. Sie wurden nicht gestellt.

Nichtsdestotrotz war die Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte in der Schule eines der wirksamsten identitätspolitischen Instrumente der Nachkriegszeit — und es grenzte gleichzeitig an schwarze Pädagogik: emotionale Überwältigung als pädagogisches Mittel, Kinder und Jugendliche konfrontiert mit schwersten Gräueln, über Jahre, ohne Wahl. Dieses Paradox lässt sich nicht auflösen.

Ob diese intensive Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte heute noch so stattfindet — das weiß ich nicht. Es wäre ein konkreter Indikator dafür, ob dieser Transmissionsriemen noch läuft.

Was ich weiß: demokratisches Denken, demokratisches Handeln, demokratische Bildung — das blieb curricular vollständig unangetastet. Nicht als Randthema, nicht als Lücke, die irgendwo klafft. Als strukturelles Nicht-Vorhaben. Ich hab mich immer gefragt wieso. Und immer gewusst: das ist ein Fehler. Eine Demokratie mit Schulpflicht, die nicht fragt: Was braucht es, damit Menschen in ihr denken und handeln können? Die das nicht in ihre Schulen übersetzt? Das ist eine Entscheidung. Mit Folgen.

Wie könnte Demokratiebildung aussehen? Es gibt Konzepte dazu — offensichtlich ohne nennenswerte Tragweite. Aus der kritischen Theorie gedacht lässt sich das in zwei Dimensionen fassen. Mit Adorno gedacht: Erziehung zur Mündigkeit bedeutet nicht Wissensvermittlung. Sie bedeutet die Fähigkeit, die eigene Konditionierung zu reflektieren — die internalisierten Autoritäten, die habituell gewordenen inneren Strukturen, die man unter hierarchischen, abhängigen Verhältnissen als Kind zwangsläufig erwirbt. Das setzt etwas voraus, das sich früh anlegen lässt und das trotzdem nie Bildungsziel war: Reflexionsfähigkeit nicht als Methode, sondern als Haltung. Das ist der Unterschied zwischen einem Unterrichtsfach das Reflexion einübt (und nicht mal das gibt es explizit) — und einer Schule die Räume schafft in denen Kinder lernen sich selbst zu befragen. Sich auf den Grund zu gehen. Zu fragen: Warum denke ich was ich denke? Was habe ich gelernt zu wollen? Was habe ich gelernt nicht zu wollen — und von wem, und warum? Und dann, mit diesen Erkenntnissen, zu den Gegebenheiten, im Inneren wie im Äußeren ins Verhältnis treten. Sie zu befragen. Sich zu ihnen zu positionieren. Das ist die Bewegung die Mündigkeit erst möglich macht. Das legt sich früh an, wenn der Boden dafür da ist. Es verkümmert früh, wenn er fehlt. Und er fehlte.

Und mit Habermas geschaut: die Kraft des besseren Arguments als gelebte Praxis. Wie rede ich? Warum rede ich? Was ist die Konsequenz, wenn das bessere Argument zählt? Was würde das bedeuten, wirklich geübt? Nicht als Debattierclub, nicht als Rhetoriktraining. Sondern als Grundsozialisation: Mein Argument zählt, wenn es besser ist — nicht weil ich lauter bin, nicht weil die Lehrerin nickt, nicht weil ich zur richtigen Gruppe gehöre. Ein Kind das das verinnerlicht hat, fragt irgendwann unweigerlich: Warum gilt hier das schlechtere Argument? Warum entscheidet Hierarchie statt Begründung? Warum darf der das sagen, ohne Rechenschaft und der nicht? Das ist der Moment wo Habermas institutionell unbequem wird. Räume, in denen gleiche Partizipation nicht Simulation ist, sondern Substanz hat — die hätten genau das erzeugt. Sie wurden nicht geschaffen.

Was ich stattdessen als Partizipation in Bildungseinrichtungen kenne: Im Kindergarten stimmen Kindergruppen das Mittagessen mit ab. In der Schule trifft sich der Klassenrat — Schülerinnen und Schüler beraten in regelmäßigen Sitzungen über selbst gewählte Themen: Klassenzimmergestaltung, Ausflugsziele, Sitzordnung. Wie viel Verantwortung dabei tatsächlich übertragen wird, liegt primär in der Hand der Lehrkraft bzw. der Erzieherin. Was dabei unangetastet bleibt ist was über das Klassenzimmer hinausgeht. Die wesentlichen Gegebenheiten, die Machtverhältnisse, alles was die institutionellen Regelungen selbst betreffen würde. Dafür ist kein Raum vorgesehen. Das nennt sich Beteiligung. Es ist ihr Gegenteil: Übungsformat innerhalb gesetzter unantastbarer Grenzen, Entscheidungen ohne Konsequenz für irgendetwas das zählt.

Und dann, an dieser Stelle, mit Holzkamp weitergedacht: Das ist mehr als Adorno. Und mehr als Habermas. Adorno fragt: Was hat mich geprägt — und wie kann ich innere und äußere Autoritäten hinterfragen? Habermas fragt: Unter welchen Bedingungen zählt das

bessere Argument — und wie müssen Räume gebaut sein damit das möglich wird? Holzkamp fragt: Wer setzt die Bedingungen, unter denen überhaupt argumentiert und geprägt wird und wie gestalten wir diese mit oder nicht? Bildung bei Holzkamp befähigt Subjekte, ihre eigenen Lebensbedingungen zu erkennen, zu analysieren — und wo möglich zu verändern. Das schließt die Institution selbst ein. Schule nicht nur als Ort von Bildung, sondern als ihr Gegenstand. Eine Schule die das ernst nähme, müsste sich selbst zur Disposition stellen. Das Infrage-Stellen bestehender Verhältnisse als Bildungsziel — nicht als Störung, nicht als Sonderfall, sondern als Kern. Das wäre was. Schülerinnen und Schüler, die argumentieren und Verhältnisse verändern können. Beispielsweise den Zeitpunkt des Unterrichtsbeginns. Oder die Notengebung. Das hätte das Schulsystem grundsätzlich infrage gestellt. Ich vermute, dieser Schritt war zu groß. Nicht zuletzt deshalb ist Schule vermutlich noch so wie sie ist: dreiständig, hierarchisch, marode — wie seit dem Mittelalter. Sie sortiert aus — in diejenigen, die ins Gymnasium gehören, die ins Mittelfeld, die in die Förderschule. Kein Zufall. Konsequenz einer verpassten Chance, die gerade wieder schärfer diskutiert wird als je zuvor — und dabei in eine gefährlich regressive Richtung dreht.

Echte Demokratiefähigkeit hätte vermutlich echte Konsequenzen gehabt für das Schulsystem. Und für unsere gesamte Gesellschaft. Diese Chance wurde verpasst. Und der Moment, sie nachzuholen, wird gerade kleiner.

Das Muster das sich in der frühen Bildung etabliert hat setzt sich fort. Nicht nur dort — überall wo Beteiligung vorgesehen ist. In Bürgerräten, Quartiersbeteiligungsverfahren, Personal- und Betriebsräten dürfen Menschen mitentscheiden: etwa über Begrünungsstreifen, Sitzbänke, Wegführungen, Dienstpläne, Kantinenangebote. Was strukturell zählt — Eigentumsverhältnisse, Investitionsentscheidungen, Strukturen die Verhältnisse wirklich verschieben würden — bleibt außerhalb der Reichweite. Immer. Nicht weil die Zeit fehlt oder die Moderatoren schlechte Absichten haben. Weil das so vorgesehen ist. Beteiligung die nichts berührt was zählt, ist keine Beteiligung. Sie ist ihre Simulation — auf höherem Niveau, mit mehr Aufwand, mit demselben Ergebnis. Partizipation hat ‚Part‘ schon im Wort — nicht Ganzes, nur Anteil. Der Begriff verrät bereits was gemeint ist. Das ist keine Trägheit. Das ist Entscheidung.

Und während das Muster sich fortsetzt, verliert das Denken das dies benennen könnte seine institutionelle Basis: „Nie wieder“ war nicht nur kultureller Konsens. Es war auch Existenzberechtigung. Die kritischen Wissenschaften, Frankfurter Schule, Kritische Psychologie, kritische Sozialwissenschaft, hatten nach 1945 einen gesellschaftlichen Auftrag: das zu durchdenken was passiert war, die Bedingungen zu analysieren unter denen es möglich wurde, die Strukturen zu benennen die es reproduzieren könnten. Das war ihre Legitimation. Nicht Verwertbarkeit. Nicht Outcome-Relevanz. Gesellschaftliche Notwendigkeit.

Dieser Auftrag wird jetzt entzogen. Nicht durch ein Verbot — durch Förderstrukturen. Wissenschaft die sich wirtschaftlich nicht rechnet, bekommt immer schwieriger Mittel. Die aktuelle Bundesregierung stellt offen infrage ob Forschung die keinen messbaren ökonomischen Nutzen produziert überhaupt finanziert werden soll. Kritische Theorie, Subjektwissenschaft, politische Philosophie — das ist nicht outcome-relevant. Das fällt potenziell weg. Das ist dieselbe Logik die schon in der Schule wirkt: was sich nicht messen lässt zählt nicht. Was Verhältnisse infrage stellt stört. Was unbequem ist verschwindet — nicht durch Verbot, sondern durch Entzug.

Und hier schließt sich ein Kreis der kein Zufall ist. Das Denken das Demokratie reflektieren könnte wurde nie in Bildung übersetzt. Jetzt verliert es auch noch seine institutionelle Heimat. Was bleibt ist eine Gesellschaft die nicht mehr fragen kann was sie fragen müsste. Nicht weil die Menschen es nicht wollen. Sondern weil die Werkzeuge fehlen. Weil sie nie weitergegeben wurden. Weil die die sie hätten weitergeben können gerade weggespart werden. Das ist kein Begleitschaden. Das ist ein Kernschaden. Der erste.

Der Boden wird bereitet

Was gerade auf einer anderen Ebene passiert, hat einen Namen. Aber er wird zu selten ausgesprochen. Renationalisierung. Drei Stufen, keine dramatische Zäsur, kein Moment an dem man Ja oder Nein hätte sagen können.

Die erste Stufe war kulturell. Fußball-WM 2006 — deutsche Flaggen wurden wieder gesellschaftsfähig. Wer die alte Identität von Scham und Stolz verinnerlicht hatte, spürte das körperlich. Nicht als Analyse, nicht als politische Einordnung — als unmittelbarer oh nee Würgerreflex, als Abwehr die dem Bewusstsein vorausläuft. Ein Machtreflex. Präzise, prä-reflexiv, funktional. Und weitgehend folgenlos. Die Fragen die hätten folgen müssen — Was bedeutet das? Wohin führt das? Was kommt danach? — wurden nicht gestellt. Nicht weil niemand sie spürte. Weil keine Sprache da war die ihn in einen größeren Zusammenhang hätte einbetten können. Oder kein Raum der es hätte hören wollen. Oder beides.

Die zweite Stufe war politisch. Nationalstolz wurde rehabilitiert. Die AfD wurde salonfähig — nicht durch einen Dammbbruch, sondern durch schrittweise Normalisierung, Talkshoweinladung für Talkshoweinladung, Relativierung für Relativierung. Corona war ihr Katalysator — nicht weil die Pandemie die AfD gemacht hätte, sondern weil sie den Raum öffnete: Misstrauen, Überforderung, staatliche Widersprüche. Der Raum war offen — und wurde genutzt.

Ein Verbotsverfahren wäre verfassungsrechtlich möglich gewesen — die Infrastruktur dafür war da. Der politische Wille fehlte. Auch das: Schreibtischtäter-Logik, die zweite. Der Hebel wurde nicht betätigt. Der Moment verging.

Die dritte Stufe steht noch aus — oder sie beginnt gerade. Curriculare Verschiebung. Wenn Schule die Rahmung ändert, wenn die Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte leiser wird, wenn kritische Wissenschaften wegbrechen, wenn der Transmissionsriemen der jahrzehntelang eine Haltung weitergegeben hat zu laufen aufhört — dann prägt das die nächste Generation in einer Tiefe die sich nicht mehr rückgängig machen lässt. Nicht durch einen Beschluss. Durch das was fehlt, was verflacht.

Das ist keine Projektion, es ist Strukturbeschreibung. Es bildet historische Abläufe nach die wir kennen — kulturelle Normalisierung, politische Normalisierung, institutionelle Normalisierung. Schritt für Schritt, ohne dramatischen Moment, ohne dass jemand explizit Ja gesagt hätte. Dieselbe Logik die sich durch diesen Text zieht — nur diesmal nicht im Bildungssystem, nicht in der Wissenschaft, sondern in der nationalen Identität selbst. Und die Frage die bleibt: Was wird weitergegeben, wenn dieser Prozess unbenannt läuft? Was kommt an — bei denen die jetzt aufwachsen?

Das alles — die Simulation von Beteiligung, der strukturelle Entzug des Denkens das Verhältnisse benennen könnte, die schrittweise Renationalisierung ohne dramatischen Moment — hat eine gemeinsame Tiefenstruktur. Sie heißt Neoliberalismus. Eine Ordnung in der zählt was sich rechnet, was Ergebnisse produziert, was outcome-relevant ist. Förderschüler in Regelschulen integrieren: zu teuer. Kritische Wissenschaft finanzieren: kein messbarer Nutzen. Demokratiebildung in Lehrpläne übersetzen: nicht prüfbar. Und während das eine weggespart wird, wird anderes ausgebaut. Die Prioritäten verschieben sich still — aber nicht ins Nichts. Sie verschieben sich in eine Richtung. Leise, bürokratisch sauber, ziemlich deutsch. Die Richtung ist deutlich.

Adorno und Horkheimer haben 1944 — mitten im Krieg, im Exil, während Europa brannte — etwas beschrieben das damals wie eine philosophische Diagnose klang und sich heute wie eine Vorhersage liest. In der Dialektik der Aufklärung zeigen sie: Vernunft die sich auf Zweckrationalität reduziert, auf das was funktioniert, was sich rechnet, was Ergebnisse produziert, verliert ihre eigene kritische Kraft. Sie kann nicht mehr fragen ob das Ziel richtig ist. Sie kann nur noch fragen ob der Weg effizient ist. Das Subjekt das grundsätzliche Fragen stellt wird zur Störgröße. Und Auschwitz — das ist ihre These, die schwerste die sie hatten — war nicht möglich weil Menschen böse waren. Sondern weil sie funktionierten. Weil das Fragen abhandengekommen war.

Neoliberalismus ist nicht Faschismus. Aber er teilt mit ihm eine Struktur — die schrittweise Ausschaltung des fragenden Subjekts. Förderung nach Outcome-Relevanz bedeutet: was sich nicht rechnet zählt nicht. Kritische Wissenschaft die Verhältnisse infrage stellt produziert keinen messbaren Nutzen — also weg. Das Denken das fragen würde warum wird weggespart. Was bleibt ist eine Gesellschaft die funktioniert. Die liefert. Die optimiert. Aber nicht mehr fragt. Das ist nicht der Faschismus. Es ist sein Boden. Und dieser Boden wird gerade bereitet. Nicht durch einen Moment in dem man Ja oder Nein hätte sagen können. Durch Förderstrukturen. Durch Haushaltsposten. Durch

Verwaltungslogik. Durch denselben stillen Mechanismus der auch die Musterungspflicht zurückgebracht hat.

Kurz, durch Ideologie die sich als Sachzwang verkleidet — als Effizienz, als Haushaltsdisziplin, als alternativlose Verwaltungslogik. Schreibtischtäter-Logik, zum dritten Mal. Das ist der zweite Kernschaden. Er ist größer als der erste. Weil er uns an den Kragen geht.

Ich bin noch auf dem Balkon

Nicht mehr mit Tee und Kuschedecken, die Kinder schlafen — sondern mit dem was der Abend hinterlassen hat. Knöpfchen der die historische Linie selbst gezogen hat, Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, und jetzt ein Dritter oder was. Bärchen der mit dem ganzen Körper reagiert hat, ich will doch keinen erschießen. Keine angelernten Haltungen. Eigenes Denken. Eigene Machtreflexe.

Ich hab nicht beruhigt. Und ich hab mich nicht beruhigt. Nicht weil Beruhigung falsch wäre — sondern weil sie hier nicht gestimmt hätte. Was ich stattdessen getan habe ist das was wir immer tun: hinschauen, benennen, aushalten. Bestandsaufnahme und Analyse statt Ablenkung. Das ist eine Entscheidung. Bewusst, auch wenn sie sich nicht immer so anfühlt.

Was wird weitergegeben, wenn keine Institution mehr trägt? Kein Konsens der hält, kein Curriculum das fragt, keine Wissenschaft die benennt was gerade passiert. Was bleibt ist das was zwischen drei Menschen auf einem Balkon möglich ist. Das ist klein. Sehr klein, gemessen an dem was wegfällt.

Und trotzdem: die Kinder haben die Werkzeuge. Sie benennen. Sie fragen. Sie halten Ambivalenz aus. Das zeigt sich immer wieder, in diesem Raum, in dieser Art zu reden. Aber Werkzeuge schützen nicht. Das ist der Unterschied zwischen Erbe und Bürde. Sie verstehen bereits was um sie herum passiert — und sie werden es trotzdem tragen müssen.

Ich mache mir Sorgen. Um die Demokratie die erodiert ohne dass jemand Nein sagt. Um den Faschismus — nicht als ferne Hysterie, sondern als das was entsteht wenn der Boden bereitet ist und niemand es benennen kann. Um den Neoliberalismus der sich ausbreitet während er so tut als wäre er keine Ideologie. Um die kritischen Wissenschaften die wegfallen. Um das Denken das nie weitergegeben wurde. Um die Gesellschaft die nicht mehr fragen kann was sie fragen müsste, die keinen Raum dafür hat, zugesichert, institutionell verankert. Und um meine Kinder. Die mit dieser Welt so wie sie gerade wird klarkommen müssen, mit neun und sieben. Und die mit achtzehn zur Musterung müssen. Ob das reicht, was hier weitergegeben wird — wie weit sie damit kommen, mit ihrer Präzision, mit ihrem Nicht-wegsehen, dem Benennen und Aufbegehren — ich weiß es nicht. Die Frage bleibt offen. Wie alles an diesem Abend.